

# Vossische



# Zeitung

Begründet

1704

## Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“ Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 15 Mark. Anzeigen: Zeile 3 Mark und 66<sup>2</sup>/<sub>3</sub> % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW. 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein. Chefredakteur Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul Eibau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

### Wie steht Südamerika zu Deutschland?

Von  
Colin Ross.

Der Verfasser ist soeben von einer Reise durch Südamerika zurückgekehrt. Wir geben hier die Eindrücke wieder, die er im Gespräch mit führenden Persönlichkeiten Südamerikas empfing:

„Unsere Neutralitätspolitik während des Weltkrieges wie unsere Haltung auf der Völkerbundkonferenz in Genf waren ausschließlich bestimmt durch unsere Interessen eines souveränen Staates, durch unsere Auffassung von einer wirklich gerechten völkerrechtlich internationalen Politik, sowie von unseren Sympathien gegenüber Deutschland.“

Trrogoyen wandte mir den mächtigen, fast ungefügen Kopf zu und seine klugen scharfen Augen sahen mich eindringlich an. Wir saßen im Arbeitszimmer des Präsidenten der argentinischen Republik und durch die offene, auf eine breite Veranda hinausführende Tür verlor sich der Blick über Hafen und Docks hinweg in der lehmbräunen Unendlichkeit des La Plata.

Es war von deutsch-argentinischer Seite geäußert worden, daß allzu stürmische deutsche Sympathieumgebungen anlässlich von Argentiniens Haltung in Genf dessen Position gegenüber den Alliierten nur erschweren könne. So brachte ich vorsichtig diesen Punkt dem Präsidenten gegenüber zur Sprache. Allein er wiederholte nochmals seine vorigen Worte und fügte hinzu: „In dieser seiner Haltung und Ueberzeugung wird Argentinien sich durch keinerlei Bedenken oder Einspruch Dritter beeinflussen lassen.“

Wir sprachen weiter über den Krieg, den Frieden von Versailles, die Blockade und den Hunger und das Elend in Deutschland, die in ihrem Gefolge einherzogen, von der Revolution und der Republik und den Aussichten des Wiederaufbaus. Und aus jedem Wort Trrogoyens sprachen Sympathie und Vertrauen zu Volk und Regierung in Deutschland.

Hätten wir nur Trrogoyen als Freund in Südamerika, unsere Position und unsere Aussichten wären nicht schlecht; aber mehr oder weniger sieht man immer wieder auf die gleichen Gefühle gegenüber Deutschland. Als ich mich von Sampedra, dem Präsidenten Bolivians, verabschiedete, drückte er mir gegenüber die Hoffnung aus, daß die bisher noch immer unterbrochenen diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern bald wieder aufgenommen würden. Nicht anders steht es in Chile, und selbst in Ländern, die zeitweise so deutschfeindlich waren, wie Brasilien oder Uruguay, hat die Stimmung in entscheidender Weise umgeschlagen. Nicht nur bei den Regierungen, sondern auch bei den Völkern, ja bei diesen noch mehr.

In Montevideo, wo ich verschiedentlich in einer kleinen Schenke mit Arbeitern und Gauchos weltpolitische Gespräche führte, sagte mir einmal ein Hafnarbeiter: „Solange Deutschland unbeflegt und mächtig war, ging alles gut; man bekam alles, alles war billig, und dem Arbeiter ging es ausgezeichnet. Jetzt ist alles teurer und schlecht und überall sind Unruhen.“ — Das ist ja nun in seinem Kaufmannsgeist nicht ganz einwandfrei, aber es charakterisiert gut die Stimmung innerhalb breiter Volksschichten.

In Deutschland gibt man sich augenscheinlich von diesem starken Stimmungsumschwung nicht genügend Rechenschaft. Man steht hier noch immer unter dem Eindruck der während des Krieges herüber gelangten Nachrichten von der starken und erfolgreichen Propaganda der Entente, der Wirkung der „schwarzen Listen“, den Anfeindungen, denen die Deutschen während des Krieges ausgesetzt waren. Weiter hörte man von der Erstürmung und Einäscherung deutscher Vereinshäuser, und was sonstiger trauriger Nachrichten mehr waren.

So unangenehm derartige Vorfälle auch für die davon Betroffenen waren, so sind es doch nur einzelne Vorkommnisse, die ungebührlich verallgemeinert werden, und vor allem handelte es sich bei derartigen Zerstörungsakten nicht um Einheimische, sondern um Angehörige der verschiedenen Entente-Staaten, oder um allerniedrigsten Mob, der eine Gelegenheit zum Plündern witterte. Heute aber kann man wohl ohne Ueberreibung sagen, daß Südamerika in seiner Gesamtheit der Deutschland am freundlichsten gesinnte Erdteil ist. Die Gründe für diesen Stimmungsumschwung liegen einmal in der angeborenen Ritterlichkeit des Südamerikaners, ein Erbteil sowohl seines spanischen wie seines indianischen Blutes. Diese Ritterlichkeit ließ die Südamerikaner sich stets auf die Seite des Schwächeren und Unterlegenen stellen. Dazu kommt aber noch, daß man in den latein-amerikanischen Republiken die von der Entente propagierten Ideen von dem Kampf um die Erhaltung der Menschlichkeit und Zivilisation, vor allem in den ungebildeten Schichten, ernst genommen hat. Man vergleicht jetzt mit diesen Ideen den Frieden von Versailles. Wirtschaftliche Gründe sprechen mit. Die Erinnerung an die guten und billigen deutschen Waren ist dem Gedächtnis noch nicht entschwunden. Aber auch Deutschland als Käufer wird schmerzlich vermisst: Brasilien will seinen Kaffee los werden, Argentinien seine Wolle, Chile seinen Salpeter.

die Erkenntnis bricht sich immer allgemeiner Bahn, daß ein gesicherter und regelmäßiger Absatz der südamerikanischen Rohstoffe nur garantiert ist, wenn mit der Stabilisierung der Verhältnisse in Deutschland Europa zur Ruhe gekommen ist. Selbst ehemals so antideutsche Blätter wie der „Mercurio“ in Santiago de Chile und die „Racion“ in Buenos Aires stehen jetzt auf diesem Standpunkt.

Sogar dann, wenn man von den günstigen Urteilen über Deutschland einen noch so großen Prozentsatz auf das Konto der liebenswürdig-höflichen Phrase setzt, bleibt doch noch genug an ehrlichem Wohlwollen und Sympathie für Deutschland übrig. Aber selbstverständlich wäre es falsch, hieraus übertriebene Hoffnungen zu folgern, vor allem in der

Richtung auf eine Stellungnahme der südamerikanischen Staaten gegenüber der Entente. Die kulturellen und wirtschaftlichen Bande, die die meisten latein-amerikanischen Republiken mit einzelnen Entente-Staaten verbinden, sind derart stark, daß wir nur Sympathie neben der Entente, nicht gegen sie erwarten können. Einzlerscheinungen, wie eine antifranzösische Demonstration, die ich in Rio de Janeiro erlebte, dürfen nicht verallgemeinert werden. Die gebildeten Kreise ziehen noch immer ihre geistige Nahrung in erster Linie aus Frankreich. Und ebenso ist der wirtschaftliche Einfluß Englands und der Vereinigten Staaten so groß, daß er selbst da, wo er unangenehm und drückend empfunden wird, nicht ohne weiteres abgeschüttelt werden kann.

## Briand über Oberschlesien.

### Vertrauen zu Wirth.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

vi Paris, 24. Mai.

Die heutige Kammer Sitzung war mit ungeheurer Spannung erwartet worden. Die Blätter berichten, daß manche Leute die ganze Nacht vor dem Palais Bourbon verbracht haben, um bei der Kartenausgabe als erste zur Stelle zu sein. Haus und Tribünen waren überfüllt, als der Präsident um 3 Uhr die Sitzung eröffnete.

Die Kammer beschließt auf Ersuchen Briands die sofortige Erörterung der Interpellation über Oberschlesien. Der Ministerpräsident bestieg dann die Rednertribüne. Er erklärte, er wolle im Namen der Regierung alle Interpellationen beantworten, und zwar wolle er sich zunächst über das brennende ober-schlesische Problem äußern. Briand erinnert an die Umstände, unter denen der Artikel über die ober-schlesische Volksabstimmung in den Versailler Vertrag gelangte und betont, daß Frankreich nur die lokale Ausführung des Vertrages fordere.

Während der Beratungen über den Friedensvertrag habe eine interalliierte Kommission die ober-schlesische Frage genau geprüft. Die Arbeit habe mehrere Monate gedauert, und die Mitglieder der Kommission seien einstimmig zu dem Entschluß gekommen, Oberschlesien den Polen zuzusprechen. Auch die Alliierten hätten sich einstimmig diesem Beschluß angeschlossen, und diese Vertragsklausel sei Deutschland übermittelte worden, das dann in Gegenanschlägen Anspruch auf diese Gebiete erhoben habe. Der Oberste Rat habe alsdann den Interessen Polens entgegen eine Volksabstimmung zugelassen, um das Recht Polens zu rechtfertigen. Die Polen hätten starke Gründe gehabt, zu glauben, daß Oberschlesien ihnen zufallen werde. Bei der Abstimmung aber hätten 180 000 in Oberschlesien geborene Deutsche mitgestimmt.

Frankreich habe immer gewollt, daß der Friedensvertrag loyal ausgeführt werde. Niemals habe es die Absicht gehabt, Polen Gebiete zuzuteilen, die den Deutschen zugesprochen worden müßten. Nach dieser Richtung sei er mit dem englischen Premierminister vollkommen einig. Oberschlesien sei niemals als ein rein deutsches Land angesprochen worden. Die englischen und die deutschen Autoren, auch der deutsche Atlas bewandeten das. Oberschlesien sei vor 600 Jahren mit Gewalt zu Deutschland gekommen. Der Vertrag sage, daß die Grenzbestimmungen nach geographischen Rücksichten getroffen werden müßten. Es wäre also keine gerechte Abstimung, wenn man eine Unterscheidung machen wollte zwischen armen und reichen Gebieten, zwischen den Stimmen der polnischen Arbeiter und der reichen Deutschen.

Briand fuhr fort: Wenn in dem Minenbezirk die polnischen Arbeiter die Mehrheit der Stimmen hätten, dann müßten diese Stimmen bei dem Votum den Ausschlag geben. (Beifall.) Er sage das nicht in der Absicht, zu polemisieren, denn unter Alliierten müsse man dies in Ruhe auseinandersetzen und dürfe keine Hintergedanken haben. Dann werde man sich verstehen. Man habe behauptet, Frankreich fordere, daß die Minenbezirke Polen zugesprochen würden und es begünstige damit Polen. Nach einem Kriege wie dem letzten habe Frankreich das Recht, gewisse Befürchtungen zu hegen. Wenn man einem Lande wie Polen das Leben gegeben habe, sei es nur natürlich, daß man auch daran denke, ihm seine Existenzmöglichkeit zu geben. Von diesem Wunsche befehle, hatten die Alliierten Polen einen Zugang zum Meere durch Preußen hindurch gesichert. Das genüge aber nicht. Wenn ein Land nicht die Mittel zum Leben habe, dann sterbe es, oder es falle der Herrschaft des Nachbarn anheim. In den Bergwerksbezirken Oberschlesiens habe Polen nicht nur die gefamte Mehrheit, sondern auch die Mehrheit nach Kommunen

erlangt. Der französische Kommissar sei also berechtigt gewesen, seine Schlussfolgerung zu unterbreiten. Nach einer Auseinandersetzung über die Rolle des französischen, des englischen und des italienischen Kommissars sagte Briand, es bereite oft Ungelegenheiten wenn eine Debatte wie die über die Volksabstimmung auf dem öffentlichen Markte erfolge und wenn eine Pressepolitik sich dieser Frage bemächtige.

Briand hält es für ausgeschlossen, daß es wegen der ober-schlesischen Frage zum Bruch unter den Verbündeten kommen wird. Er meinte, dieser Bruch könnte nur eintreten, wenn man ihn herbeiwünschte, und das treffe keineswegs für Frankreich zu.

Weiter erklärte Briand, man könnte vielleicht juristische Sachverständige mit der Ausarbeitung von Gutachten betrauen. Die Ordnung in Oberschlesien würde sicherlich hergestellt werden, wenn die Verbündeten nach dem Grundsatz der Gerechtigkeit handeln.

Briand geht dann auf die Unruhen in Oberschlesien ein, die dadurch entstanden seien, daß in polnischen Kreisen das Gerücht verbreitet war, Oberschlesien solle für die Pariser Vereinbarung geopfert werden. Es sei nicht möglich gewesen, mit den schwachen verbündeten Truppen in Oberschlesien 80 000 Insurgenten Schach zu bieten. Eine Wiederherstellung der Ordnung mit Strömen von Blut sei natürlich nicht denkbar gewesen. (Beifall.) Auch in anderen Fällen habe man nicht auf sofortigem Gehorsam für die Entscheidungen des Obersten Rates bestanden. Der französische Kommissar in Oberschlesien sei so weit gegangen wie möglich. Die französischen Truppen hätten Tote und Verwundete gehabt. Frankreich habe die Pflichterfüllung, die man von ihm verlangen konnte, geleistet. Es habe die Warschauer Regierung aufgefordert, bei der Wiederherstellung der Ordnung mitzuwirken, und Polen habe daraufhin seine Grenzen geschlossen. (?)

Aber auch auf deutscher Seite habe man sich erhitzt. Die Alliierten hätten beschlossen, diese Gelegenheit auszunutzen. Die Worte Lloyd Georges, schlecht ausgelegt und schlecht nach Deutschland übermittelt (Sehr gut, sehr gut!), hätten auf die Alliierten wie eine Aufforderung gewirkt. Frankreich habe deshalb sofort öffentlich zu verstehen gegeben, daß der Einmarsch der Reichswehr ernste Folgen haben würde. Die deutsche Regierung und die deutsche Presse hätten die Warnung verstanden. Man habe aber dann mit Banden versucht, was man mit der Reichswehr nicht erreichen konnte. Gleich nach dem Vorstoß dieser Banden bei Gogolin sei bei dem deutschen Kommissar Grafen Moltke Einspruch erhoben worden. Dieser habe Befehl zur Einstellung des Vormarsches gegeben. Die französische Regierung habe gestern Abend die deutsche Regierung aufgefordert, diese Banden zu entwaffnen und die Grenze zu schließen. Sie habe dabei betont, daß eine gefährliche Lage eintreten würde, wenn die deutsche Regierung sich nicht von der Bedeutung des Wunsches der französischen Regierung Rechenschaft ablegte. Heute morgen habe die deutsche Regierung mitgeteilt, daß sie die Grenze schließt, den Belagerungszustand verhängt, die Banden entwaffnet und ihre Mitglieder strafrechtlich verfolgt.

„Seitdem Dr. Wirth an der Spitze der deutschen Regierung ist, hat er große Offenheit und eine durchaus loyale Haltung gezeigt. Er hat Verpflichtungen auf sich genommen und ist befreit gewesen, sie sofort zu erfüllen. (Sehr gut! Sehr gut!) Frankreich ist stark genug, um Vertrauen zeigen zu können.“ (Lebhafter Beifall.) Briand erklärt weiter: „Im französischen Volke herrscht die Ueberzeugung vor, daß die Regierung die Interessen Frankreichs durchaus wahr.“ (Beifall.) Die Politik der Gewalt werde